



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 17. Januar 2018

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sfrev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- 264 Menschen wurden im Mittelmeer von der italienischen Küstenwache gerettet.
<http://www.zeit.de/news/2018-01/12/italien-italienische-kuestenwache-rettet-264-fluechtlinge-vor-kalabrien-12030804> (12.01.17)
- Das Europäische Parlament beschäftigt sich derzeit mit der geplanten Reform der Dublin Verordnung. Dublin IV könnte demnach bewirken, dass das Land für das Asylverfahren eines Menschen zuständig ist, in dem bereits Angehörige des*der Antragsteller*in leben. Die Bundesregierung macht bereits Stimmung gegen diese Pläne. Die zustimmenden Parlamentarier*innen, darunter auch Abgeordnete von CDU, CSU und FDP, argumentieren, dass die Leute sich sowieso nicht davon abhalten lassen, zu ihren Familienmitgliedern zu reisen.
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-eu-fluechtlingsplaene-alarmieren-bundesregierung-a-1187500.html> (13.01.17)
- 20.000 Menschen haben am Samstag gegen die schwarz-blaue Koalition in Österreich demonstriert. Wenige Tage bevor in Deutschland die Sondierungsgespräche zwischen CDU/CSU und SPD endeten, unter anderem mit dem Ergebnis, dass alle Ankommenden zentral untergebracht werden, wartete der FPÖ-Innenminister Herbert Kickl mit demselben Vorschlag auf. Seine Wortwahl allerdings war bewusst gewählt und auf widerliche Weise provozierend.
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2018-01/oesterreich-herbert-kickl-rechtspopulismus-provokation> (11.01.17)
<http://www.dw.com/de/zehntausende-protestieren-gegen-rechtskonservative-regierung-in-wien/a-42138302> (13.01.17)

Bund, Land, Kommune

- Bei den Sondierungsgesprächen zwischen CDU/CSU und SPD haben die „Hardliner über Humanität und Menschenrechte“ gesiegt, so PRO ASYL. Die Menschenrechtsorganisation, Wohlfahrtsverbände, Kirchen sowie Grüne und Linke zerreißen die Einigungen, insbesondere die vereinbarte Regelung zum Familiennachzug. Die Aussetzung für subsidiär Schutzberechtigte läuft im März aus, soll dann bis Juli verlängert werden, ab dann sollen pro Monat gerade einmal 1.000 Angehörige unter strengen Auflagen nachreisen dürfen.

Weiterhin hat sich die CSU mit ihrem Modell der Rückführungszentren durchgesetzt, erprobt bereits in Bamberg und Manching. Alle Ankommenden sollen künftig in solchen Lagern untergebracht werden. Dort sollen lediglich Sachleistungen ausgezahlt werden, ein Arbeitsverbot und die Residenzpflicht sollen gelten. Nur diejenigen mit „guter Bleibeperspektive“ - ein juristisch nicht definierter Begriff – sollen diese Lager verlassen dürfen. Da geht fast unter, dass faktisch auch eine Obergrenze auf die Einreise gelten soll.
<http://www.fr.de/politik/bundestagswahl/asylrecht-mehr-haerte-gegen-fluechtlinge-a-1426776>
(15.01.18)

- 186.644 Einreisen von Fliehenden wurden in 2017 registriert. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) entschied derweil über 603.000 Asylanträge. Anhängig sind noch 68.245 Anträge. Die meisten Menschen kamen 2017 aus Syrien, Irak, Afghanistan und der Türkei. Dass schnellere Verfahren – die Neuanträge wurden im Schnitt innerhalb von zwei Monaten entschieden – die Qualität der Entscheidungen beeinträchtigen, will BAMF-Präsidentin Jutta Cordt nicht zulassen. Dabei wurde dieser Vorwurf von Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen umfassend untermauert. Die Zahl der Abschiebungen sank bundesweit von 28.000 in 2016 auf 26.000 in 2017. Dass die Qualität der Entscheidungen sinkt, zeigt die Berichterstattung der SZ. Demnach haben gut 44 Prozent aller Klagen von Geflüchteten gegen ihren BAMF-Bescheid Erfolg. Verwaltungsgerichte müssen die Entscheidungen der Behörde also häufig korrigieren. Menschen mit syrischer Staatsbürgerschaft klagen zu 69 % erfolgreich, Menschen mit afghanischer zu 61 %.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-gerichte-kassieren-fast-die-haelfte-der-abgelehnten-asylbescheide-1.3824578> (14.01.18)
<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/asylstatistik-2017-weniger-fluechtlinge-aber-mehr-prozesse/20852056.html> (16.01.18)
- Die Nazis der Identitären Bewegung haben ihre Klientel dazu aufgerufen, Vormundschaften für unbegleitete Minderjährige zu übernehmen. Der Kinderschutzbund warnt davor. Es würden derzeit eh nicht so viele Vormünder benötigt. Die Hamburger Sozialbehörde gibt bekannt, dass Bewerber*innen auf Vormundschaft überprüft werden.
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-01/rechtextreme-vormundschaft-fluechtlinge-kinderschutzbund> (15.01.18)
- In Hessen entstehen vier Psychosoziale Zentren für Geflüchtete. Die Mitarbeiter*innen werden auch Sprechzeiten in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes anbieten. Die Erkenntnisse einer Studie des Sigmund-Freud-Instituts der Goethe-Uni Frankfurt dienen dabei als Arbeitsgrundlage. So müsse beispielsweise berücksichtigt werden, dass viele ankommenden Menschen zunächst gar nicht bereit seien, über das Erlebte zu sprechen. Zunächst seien viele mit Ankommen beschäftigt. Außerdem müsse es eine starke Zusammenarbeit verschiedener Berufsgruppen geben – von der*dem Krankenschwester*pfleger über die Sozialarbeit hin zur Putzfrau. Sie zu schulen sei auch Aufgabe der Zentren. Mangel bestehe an der Sprachmittlung sowie deren Finanzierung. Hier würden häufig Therapien häufig gar nicht erst beginnen können.
<http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/fluechtlingshilfe-schnellere-hilfe-fuer-traumatisierte-fluechtlinge-15394871.html?GEPC=s3> (14.01.18)
- Die sächsische Landesregierung hat den Gesetzesentwurf zu Abschiebehaft in den Landtag eingebracht. Noch in diesem Jahr will Innenminister Roland Wöllner das Gesetz durchdrücken. Kritik kommt von Grünen und Linken, auch der SFR hatte das Gesetz öffentlich sowie in einer Stellungnahme ans Innenministerium zerpfückt. Den Plänen seines Vorgängers Markus Ulbig, die Hafteinrichtung auch anderen ostdeutschen Bundesländern zur Verfügung zu stellen, steht Wöllner skeptisch gegenüber.
<http://www.sz-online.de/sachsen/sachsen-treibt-abschiebungshaft-voran-3855921.html> (09.01.18)

- Im sächsischen Wurzen eskalierte die Gewalt zwischen Rechtsradikalen und Geflüchteten, die Umstände des Vorfalls von vergangener Woche sind noch nicht vollständig ermittelt. In jedem Fall drangen die Nazis in die Unterkunft der Schutzsuchenden ein woraufhin diese zurückschlügen. Der *MDR* stellt die Frage, woher die Gewalt komme. Inzwischen seien es die Kinder der Nazis aus den 90ern, die Gewalt ausübten.
<https://www.mdr.de/sachsen/leipzig/wurzen-gruende-fuer-auseinandersetzung-100.html> (15.01.18)
<https://www.l-iz.de/leben/faelle-unfaelle/2018/01/Immer-wieder-Wurzen-%E2%80%9EAuseinandersetzungen-im-Stadtgebiet%E2%80%9C-202973> (13.01.18)
- Der Fall eines Menschen tunesischer Staatsbürgerschaft aus Dresden wurde vom Ausländerbeauftragten Geert Mackenroth in die Sächsische Härtefallkommission eingereicht. Der Mann arbeitet als Restaurantleiter.
<https://www.sz-online.de/nachrichten/hoffnung-fuer-restaurantleiter-3855754.html> (10.01.18)

Hintergrund und Meinung

- Das aus den GroKo-Sondierungsgesprächen entstandene Papier spiegele die Vorstellungen der CSU wieder, als ob sie per Copy-Paste dort eingefügt worden seien, kommentiert Christian Jakob von der *taz*. Beim weiterhin ausgesetzten Familiennachzug beziehungsweise bei dessen Beschränkung auf 1.000 Angehörige pro Monat würde bereits eine Obergrenze etabliert werden – auf das Menschenrecht auf Einheit der Familie. Die Kasernierung von Geflüchteten in Transitzentren nach dem Vorbild der Lager in Bamberg und Manching sei ein Programm der totalen Anti-Integration. Sachleistungen, Arbeitsverbot, zentrale Unterbringung, kein Zutritt und Kontrolle für die Öffentlichkeit. Betroffen sollen, so die offizielle Argumentation, die Menschen mit „schlechter Bleibeperspektive“ sein. Der Begriff ist kein juristischer, kann also sonst wie ausgelegt werden. Und auch die mit „guter Bleibeperspektive“ müssen vorher dort untergebracht werden. Das ganze Papier sei eine Missachtung der Migrationsrealität.
<http://www.taz.de/!5474567/> (16.01.18)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
 Dammweg 5
 01097 Dresden
 E-Mail: pr@sfrev.de

Refugee Law Clinic Leipzig
 Burgstraße 27
 04109 Leipzig
 Email: pr@rld.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
 FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.



UNO-Flüchtlingshilfe